

923**Anlage 1**

An die
Bezirksregierung
Dezernat 53

(Datum)

Zutreffendes bitte ankreuzen D bzw. ausfüllen!
--

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im ÖPNV

1 Antragsteller

Unternehmen/Gemeinde (Gemeindeverband), Zweckverband	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Auskunft erteilt (Name, Telefon)	Telefax-Nummer
Kontonummer	Bankleitzahl
Name und Sitz des Kreditinstitutes	

2 Maßnahmen**2.1**

Q Maßnahmen zur Erhöhung der personellen Präsenz für Service und/oder Sicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen

geplanter Personaleinsatz:

(Erläuterungen gemäß Anlage 1)

_____ Stellen durch eigenes Personal

_____ Anzahl der Neueinstellungen

G Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung im Ausbildungsberuf Kauffrau/Kaufmann für Verkehrsservice, und zwar Einrichtung von _____ Lehrstellen.

0 Sicherheits- und servicerelevante Fahrzeugausstattungen, und zwar

.....
.....
.....
.....

0 Sonstige Sicherheits- und Servicemaßnahmen bzw. -einrichtungen, und zwar

.....
.....
.....

2.2

Durchführungszeitraum (von/bis)

3 Gesamtkosten

Gesamtkosten:	_____ DM
Beantragte Zuwendung	_____ DM

4 Finanzierungsplan (Angabe in TDM)

Jahre	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)					Bemerkungen
	19____	____	____	____	____	
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)						
4.2 Eigenanteil						
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)						
4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.5.) durch						
4.5 Beantr. Zuwendung						

5 Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme wird auf das als Anlage 2 beigefügte **Sicherheits-** und Servicekonzept verwiesen.

6 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, daß

- 6.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird;
- 6.2 er zum Vorsteuerabzug
☐ nicht berechtigt ist,
☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 4.1) **berücksichtigt** hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 6.3 ihm bekannt ist, daß die Angaben im Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen) subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 StGB sind.
- 6.4 für Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen **zur** Verbesserung der Sicherheit **und** des Services im öffentlichen Personennahverkehr die auszustattenden Fahrzeuge weder nach den W zu § 12 Abs. 3 bzw. § 13 **Regionalisierungsgesetz** Nordrhein-Westfalen gefördert wurden noch gefördert werden sollen.
- 6.5. die Angaben in **diesem** Antrag (**einschl.** Antragsunterlagen) vollständig und richtig **sind**.

923

Anlagen:

1. Aufstellung über das **eingesetzte**, qualifizierte **Service-** und Sicherheitspersonal einschließlich **Zeitpunkt der Einstellung / Gestaltung**
2. **Sicherheits-** und Servicekonzept

Ort/Datum

Unterschrift

Zuwendungsbescheid
(Projektförderung)

923

Betreff: Zuwendung des Landes **Nordrhein-Westfalen**

hier: Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr)

Bezug: Ihr Antrag vom**Anlq.:** - Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung - **ANBest-P-*)**- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden
(GV) -ANBest-G-*)

- Verwendungsnachweis (2fach)

I.

1. Bewilligung

Auf Ihren.v. g. Antrag bewillige ich Ihnen

für die Zeit vom
(Bewilligungszeitraum)

bis

eine Zuwendung in Höhe von

DM

(in Buchstaben:

Deutsche Mark)

2. Zur Durchführung folgender Maßnahme:

Die Zuwendung ist bestimmt für

Für die nach den Nm 2.2 und 2.3 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr geförderten Gegenstände werden die folgenden Zweckbindungsfristen festgelegt:

923

3. Finanzierungsart/-höhe

Die Zuwendung wird in der Form der Festbetragsfinanzierung zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, in Höhe von DM, als **Zuweisung/Zuschuß***) gewährt.

4. Ermittlung der Zuwendung

Die Zuwendungshöhe wurde wie folgt ermittelt:

..... DM
 DM

..... DM

5. Bewilligungsrahmen

Von der Zuwendung entfallen auf

Ausgabeermächtigung

..... DM

Verpflichtungsermächtigung

..... DM

davon

..... DM

davon

..... DM

davon

..... DM

davon

..... DM

6. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Anforderungen nach den ANBest-P/ANBest-G*) ausgezahlt

II.**Nebenbestimmungen:**

Die beigelegten **ANBest-P/ANBest-G*)** sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend oder ergänzend wird folgendes bestimmt:

1. Die Nummern 1.2, 1.42, 2, 3.1, 3.5, 7.2 und 7.4 der **ANBest-P/1.2, 1.3, 1.41 bis 1.43, 2, 6 und 7.6 der ANBest-G*)** finden keine Anwendung.

Für den Nachweis der Verwendung für Maßnahmen nach der Nr. 2.1 der Richtlinie **über** die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr genügt ein Nachweis nach Nr. 6.6 ANBest-P.

*) Nichtzutreffendes streichen.

2. Dem Zwischen- und ***Verwendungsnachweis** sind Nachweise über die Qualifizierung des eingesetzten Personals beizufügen. Daneben sind bis zum 30.04. des auf diese Bewilligung folgenden Jahres (ggfs. mit dem **1. Zwischennachweis***) die **Arbeits-** bzw. Gestellungsverträge vorzulegen.
3. Dem Verwendungsnachweis ist die Dokumentation der Erfolgskontrolle für durchgeführte **Maß-**nahmen beizufügen.
4. Die Belange insbesondere von Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sind zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 8 **Regionalisierungsgesetz** NW). Ebenso ist den Belangen von Frauen und Kindern in geeigneter Weise Rechnung zu tragen (§ 2 Abs. 9 Regionalisierungsgesetz NW).
5. Die Zuwendung erfolgt aus Mitteln nach § 8 Abs. 2 des **Bundesregionalisierungsgesetzes** und ist eine Subvention im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 des **Landessubventionsgesetzes**. Der Zweck der Subvention besteht in der Förderung der Unternehmen des öffentlichen Personenverkehrs, wie sie in dem hierzu gestellten Antrag zum Ausdruck kommt.

Alle Angaben im Antrag, den Antragsunterlagen und im Verwendungsnachweis, von denen die Beschaffung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind subventionserhebliche Tatsachen.
6. Die Bewilligung erfolgt unter der Bedingung der Gewährung entsprechender Mittel durch den Bund an das Land Nordrhein-Westfalen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei mir, der Bezirksregierung _____ einzulegen.

Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

*) Nichtzutreffendes streichen.

923

.....
(Zuwendungsempfänger)..... den
(Ort, Datum)

Fernsprecher

Bezirksregierung
Dezernat**Verwendungsnachweis**

Sicherheit und Service im öffentlichen Personennahverkehr

Durch Zuwendungsbescheid(e) der		(Bewilligungsbehörden)
vom	AZ ..	über DM
vom	Az. ..	über DM
wurde zur Finanzierung der o. g. Maßnahme bewilligt.		insgesamt DM
Es wurden ausgezahlt		insgesamt DM

I. Sachbericht

Kurze Darstellung der durchgeführten Maßnahmen u. a. Beginn, Maßnahmedauer, Abschluß, Erfolg und Auswirkung der Maßnahme, etwaige Abweichungen von den dem Zuwendungsbescheid zugrundeliegenden Planungen und vom Finanzierungsplan).

Die Dokumentation der Erfolgskontrolle für die durchgeführten Maßnahmen ist auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

II. Zahlenmäßiger Nachweis

923

[illegible]

- Die listenmäßige Aufstellung über das beschäftigte Personal
- die Erklärung **über** die jährlich gezahlte Vergütung,
- der Nachweis über die Qualifizierung des eingesetzten Personals,
- **Arbeits-bzw.** Gestellungsverträge,
- die Verträge über die Auftragsvergabe und deren Bestätigung,
- die **Originalrechnung/-en** des/der Lieferanten* und
- die Kopien der Belege über die Ausgaben (gilt nur für Maßnahmen nach den Nm. 2.2 und 2.3 der Richtlinie) und den Eingang der Zuwendung (**Überweisungsträger**)*

sind beigefügt.

III. Bestätigungen

Es wird bestätigt, daß

- die Allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden,
- die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

¹ gilt nicht für Gemeinden / **Gemeinde-** und Zweckverbände

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine/die **nachstehenden***) Beanstandungen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)